

L13**AK Klimapolitik Berlin-Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung (Konsens)****Sonderausschuss zum Ausbau des berlinweiten Straßenbahnnetzes**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird
2 aufgefordert, die Einsetzung eines Sonder-
3 ausschusses zum Ausbau der Berliner Stra-
4 ßenbahn im Plenum zu beantragen und da-
5 für Mehrheiten zu organisieren. Dieser Son-
6 derausschuss soll sich vor allem mit den En-
7 ergieeinsparpotenzialen sowie der Reduktion
8 von CO2-Emissionen durch den Ausbau des
9 Straßenbahnnetzes beschäftigen. Bei der Er-
10 arbeitung soll ein Fokus auf die Finanzierbar-
11 keit und Umsetzbarkeit gelegt werden.

12 Ebenso soll ein Fokus darauf liegen, dass
13 Planung, Beschluss und bauliche Umsetzung
14 deutlich beschleunigt werden. Die Arbeit soll
15 in engem Austausch mit dem Ausschuss Mo-
16 bilität sowie dem Ausschuss für Umwelt,
17 Verbraucher- und Klimaschutz geschehen.
18 Durch die Beteiligung von externen Fach-
19 leuten soll die Arbeit des Sonderausschus-
20 ses fachlich unterstützt und lösungsorien-
21 tiert durchgeführt werden.

22 Der Sonderausschuss legt dem Berliner Abge-
23 ordnetenhaus bis zum 30.06.2023 einen aus-
24 führlichen Bericht als Entscheidungsgrundla-
25 ge zur Beschleunigung des Straßenbahnaus-
26 baus vor, in dem Einsparpotentiale von CO2-
27 Emissionen beim Ausbau der Straßenbahn
28 in Berlin in CO2-Tonne prognostiziert wer-
29 den. Diese konkrete Beschlussvorlage soll mit
30 Maßnahmen, Finanzierungs- und Zeitplänen,
31 einschließlich der Zahl der Auszubildenden
32 Mitarbeitenden und der Fahrzeuge, erarbei-
33 tet werden.

34 Die Beschlussvorlage soll u.a. Änderungen im
35 "Stadtentwicklungsplan Mobilität und Ver-
36 kehr Berlin 2030" im Hinblick auf alternative
37 Routen und der Nachhaltigkeit der Straßen-
38 bahn vorschlagen und konkrete Vorgehens-
39 weisen zur weiteren finanziellen Sicherung
40 des Straßenbahnausbau und dessen Erweite-

41 rung ab dem Haushaltsjahr 2024 umfassen.

42

43 **Begründung**

44 Die Emissionsreduzierung im Verkehrssektor
45 ist zentral, um die beschlossene Klimaneutra-
46 lität im Jahr 2045 in Berlin zu erreichen. Da die
47 Emissionen in diesem Sektor in den vergange-
48 nen Jahren jedoch gestiegen und nicht gesun-
49 ken sind, ist der politische Handlungsdruck
50 bei der Mobilitätswende besonders hoch.

51 Das novellierte Berliner Energie- und Kli-
52 maschutzprogramm (BEK) für 2022 - 2026
53 trägt der gewachsenen Dringlichkeit entspre-
54 chend Rechnung. Es schlägt eine Reduzierung
55 der CO₂-Emissionen um 37 % bis 2030 zum
56 Vergleichsjahr 1990 vor. Entscheidend dabei
57 ist die schnelle Verringerung des motorisier-
58 ten Individualverkehrs durch den bezahlba-
59 ren und klimaneutralen Ausbau des ÖPNV
60 (sowie den Ausbau der Radwege).

61 Die Modernisierung und der Ausbau des Stra-
62 ßenbahnnetzes sind ein wesentlicher Beitrag
63 zur Erreichung der Emissionsziele. Und zwar
64 im Einklang mit der Reduzierung klimaschäd-
65 licher Emissionen und mehr Flächengerech-
66 tigkeit bei der Nutzung der Straßen sowie
67 Parkraumbewirtschaftung.

68 Der Bau-, Betriebs- und Instandhaltungsauf-
69 wand ist für die Straßenbahnen laut Positi-
70 onspapier des Fachausschusses XI der SPD re-
71 lativ gering im Vergleich zu dem U-Bahn-Bau
72 in Berlin: Der Kennwert für die CO₂-Emission
73 je km Trassenneubau bei Straßenbahnen ist
74 laut der Klimabilanz Berliner U-Bahn- und
75 Straßenbahnplanungen um den Faktor 8,1 bis
76 13,8-mal kleiner als derjenige für einen U-
77 Bahn-Trassenneubau.

78 Auch angesichts des zu erwartenden Bevöl-
79 kerungswachstums in Berlin ist es geboten,
80 das Mobilitätssystem in der Metropolregion
81 Berlin-Brandenburg unter der Zielstellung ei-
82 nes barrierefreien, leistungsstarken und wirt-
83 schaftlichen ÖPNV-Angebots sowie unter Be-
84 rücksichtigung der historisch gewachsenen
85 Voraussetzungen dringend im Sinne der Kli-
86 maneutralitätsziele weiterzuentwickeln. Zu-

87 dem kann durch den Ausbau des Straßen-
88 bahnnetzes der Ausstieg aus fossilen Ener-
89 gien befördert und die Energiesouveränität
90 erhöht werden.